

# FORUM MENSCHENRECHTE



## **Statement der Solidarität des FORUM MENSCHENRECHTE zum 24. Februar 2023 nach anhaltender und systematisch auf die Zivilbevölkerung zielender Kriegführung gegen die Ukraine.**

**Das FORUM MENSCHENRECHTE verurteilt den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste.**

**Das FORUM MENSCHENRECHTE ist solidarisch mit den Opfern dieses Krieges und unterstützt jede Hilfe für sie.**

**Das FORUM MENSCHENRECHTE würdigt die wichtige Arbeit von Aktivist:innen und Menschenrechtsorganisationen, die in der Ukraine, aber auch in Russland und Belarus unter extrem unterschiedlichen Umständen Großes leisten.**

**Als FORUM MENSCHENRECHTE setzen wir uns für die Dokumentation von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung und den gleichzeitigen Schutz und die Rehabilitation der Überlebenden ein.**

**Das FORUM MENSCHENRECHTE setzt sich für die konsequente Strafverfolgung von Kriegsverbrechen ein.**

Seit einem Jahr führt die russische Regierung einen menschenverachtenden Krieg gegen die Ukraine. Der russische Präsident Putin hat der Ukraine ihr Existenzrecht abgesprochen. Dies stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen und deren universellen Werte dar. Das FORUM MENSCHENRECHTE verurteilt diesen völkerrechtswidrigen Krieg auf das Schärfste. Die russische Armee greift systematisch zivile Ziele an, zerstört essentielle zivile Infrastruktur, begeht zahllose Verbrechen gegen Zivilist\*innen, wie massenhafte Erschießungen, Folter, Vergewaltigungen, Verschleppungen, Verhaftungen und Erniedrigungen. Als Folge des Krieges sind laut Angaben der UN über 5,4 Millionen Menschen im Land und rund 8 Millionen Menschen außerhalb der Landesgrenzen in Europa auf der Flucht. Auf humanitäre Hilfe in der Ukraine sind knapp 18 Millionen Menschen angewiesen. Verlässliche Zahlen über Tote und Verletzte liegen nicht vor. Die UN spricht von über 7.000 getöteten und knapp 12.000 verletzten Zivilist\*innen, geht aber davon aus, dass die tatsächlichen Zahlen viel höher liegen. Das FORUM MENSCHENRECHTE steht auf der Seite der Opfer und Überlebenden und unterstützt jede Hilfe für sie. Der ukrainische Staat, die Verwaltungsstrukturen und die Zivilgesellschaft leisten Übermenschliches, um das Leid der Bevölkerung zu lindern. Das FORUM MENSCHENRECHTE ist mit Organisationen der ukrainischen Zivilgesellschaft verbunden und unterstützt nach Kräften die vielfältige, mutige und oftmals selbstlose und gefährliche Arbeit vor Ort.

Auf der Jahresversammlung des FORUM MENSCHENRECHTE am 20. Januar 2023 wurden wir Zeuge, wie sich Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft aus der Ukraine und Russland mit enormem Mut und Willenskraft für die Menschen und ihre Rechte in oder aus der Ukraine einsetzen. Sie dokumentieren Menschenrechtsverletzungen, leisten psychosoziale und gesundheitliche Versorgung der Opfer, helfen Geflüchteten und unterstützen Menschenrechtsverteidiger\*innen in Russland selbst und in Staaten, wohin diese Menschen vor dem Zugriff des russischen Machtapparats fliehen mussten. Viele der Mitgliedsorganisationen im FORUM MENSCHENRECHTE sind in ständigem Kontakt mit diesen Menschenrechtsverteidiger\*innen und schaffen den Forderungen und Einschätzungen der Kolleg\*innen in Deutschland Gehör. Auf Ebene der Zivilgesellschaft gibt es weiterhin internationale Zusammenarbeit auch zwischen ukrainischen, russischen und belarussischen Organisationen. Diese Formate müssen nachhaltig gestärkt werden.

Auf der anderen Seite gibt es zunehmende Herausforderungen für die EU-Staaten durch Menschen aus Russland, Belarus und auch der Ukraine, die sich dem Kriegsdienst entziehen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, attestiert durch den EGMR im Urteil vom 7. Juli 2011. Nicht nur in Russland, auch in der Ukraine wird dieses Recht missachtet. In Russland wird es Reservisten und Soldaten verwehrt, d.h. genau denjenigen, die der Teilmobilmachung unterlagen. In der Ukraine wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ausgesetzt. Für Kriegsdienstverweigerer dürfen die EU-Grenzen nicht verschlossen sein. Als FORUM MENSCHENRECHTE setzen wir uns für das Recht und den Schutz von Kriegsdienstverweigerung ein.

Die russischen Streitkräfte begehen in diesem Konflikt wie oben erwähnt eine Vielzahl an erschreckenden Kriegsverbrechen. Neben der dringend notwendigen humanitären Hilfe für die Opfer steht seit Kriegsbeginn deswegen die Dokumentation der Kriegsverbrechen und schwerster Menschenrechtsverletzungen im Mittelpunkt der Arbeit von Menschenrechtsorganisationen. Dies ist essentiell wichtig, einerseits, um auf der individuellen Ebene Zeugnis ablegen und einen Verarbeitungsprozess anzustoßen, andererseits, um damit vor Gericht verwertbar zu sein und die Täter\*innen zukünftig zur Verantwortung ziehen zu können. Daher unterstützt das FORUM MENSCHENRECHTE ukrainische Organisationen und ihre internationalen Partner, die genau diese Arbeit leisten. Die Befragung der Überlebenden muss professionellen, psychologisch-trauma sensiblen Standards entsprechen und eine nötige weitere Versorgung bzw. Rehabilitation der Überlebenden sicherstellen.

In ihrer Verteidigung gegen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg werden den ukrainischen Streitkräften Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht z.B. der Einsatz von verbotenen Landminen vorgeworfen. Das FORUM MENSCHENRECHTE begrüßt die Erklärung der ukrainischen Regierung, alle diesbezüglichen Vorwürfe aufklären und dokumentieren zu wollen. Soweit sich die Vorwürfe bestätigen, sollten auch strafrechtliche Verfolgungen gegen Verantwortliche erfolgen.

Zahlreiche Kriegsverbrechen wurden in dem russischen Angriffskrieg durch die russischen Streitkräfte begangen. Begangene Kriegsverbrechen und etwaige Verbrechen gegen die Menschlichkeit unterliegen der Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Anklagebehörde des Gerichts muss gestärkt werden, um die notwendigen umfangreichen Ermittlungen durchführen zu können. Zudem muss die Ukraine international unterstützt werden, eigene Gerichtsverfahren unter Anwendung internationaler Rechtsstandards durchzuführen. Auch andere Staaten wie Deutschland sind gefordert, Verfahren nach dem Weltrechtsprinzip einzuleiten.

Gleichzeitig zeigt der Angriff Russlands auf die Ukraine eine gravierende Lücke im Völkerrecht auf: Diese Aggression kann nicht vom Internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden. Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs muss deshalb reformiert werden, sodass zukünftig die Verfolgung

völkerrechtswidriger Angriffskriege den gleichen Regeln unterliegt, die bei den anderen Straftatbeständen zur Anwendung kommen.

**Als FORUM MENSCHENRECHTE sehen wir, dass es für Überlebende nicht nur wichtig ist, dass „ihre Wahrheit“ gehört wird, sondern auch, dass sie Gerechtigkeit durch ein Ende der Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzer\*innen und Kriegsverbrecher\*innen erfahren.**

*Kontakt für den Koordinationskreis des FORUM MENSCHENRECHTE:*

*Elise Bittenbinder 0172-2638369*

*Frank Mischo 0163-2344357*